



Nr. 302 | 15.11.2022

Polen-Analysen

Vorbereitung auf die Wahlen 2023/24

■ ANALYSE	
Vom Regen in die Traufe – der polnische Wahlkalender 2023/24	2
Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität Krakau	
■ STATISTIK	
Parteipräferenzen Juni – November 2022 und aktuelle Sitzverteilung im Sejm	7
Rückblick: Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen 2018	9
■ CHRONIK	
01. – 14. November 2022	10
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS	
Polen-Quartett #7: Polen hat die Wahl	
Zur politischen Situation ein Jahr vor den Parlamentswahlen	12

Vom Regen in die Traufe – der polnische Wahlkalender 2023/24

Jarosław Flis, Jagiellonen-Universität Krakau

DOI: 10.31205/PA.302.01

Zusammenfassung

Die polnische Politik wird in den kommenden zwei Jahren deutlich von den Terminen für die Wahlen beeinflusst werden. Der Sejm hat das Gesetz, das den Wahlkalender der seit 2018 geltenden Wahlordnung ändert, angenommen und das darauf folgende Veto des Senats wurde abgelehnt. Das Gesetz wartet nun auf die Unterschrift des Präsidenten, die sicherlich keine Überraschung sein wird, die aber auch nicht selbstverständlich ist, wenn man die Signale berücksichtigt, die vorher aus dem Präsidentsamt gesendet wurden. Diese Analyse ist der Versuch, die gesamte Problematik und die möglichen Folgen zu skizzieren.

Die Feinheiten des Wahlkalenders

Der Wahlkalender ist einer der ausdifferenziertesten Bestandteile einer Wahlordnung, der allerdings keiner tiefgehenden Reflexion unterzogen wird. Das ist vermutlich deshalb der Fall, weil die Mehrheit der Länder ihr System für selbstverständlich hält und nicht in Betracht zieht, dass es auch anders aussehen könnte. Der polnische Wahlkalender liegt – wie viele polnische Angelegenheiten – zwischen zwei Extremen, für die die Wahlordnungen in den beiden Nachbarländern Schweden und Deutschland herangezogen werden können. In Schweden finden alle Wahlen an ein und demselben Tag statt, sowohl die landesweiten Parlamentswahlen als auch die regionalen sowie die lokalen Wahlen. Der Wahltag ist mit dem zweiten Sonntag im September alle vier Jahre eindeutig festgelegt. Das ändert nicht einmal die Durchführung vorgezogener Parlamentswahlen beispielsweise im Falle einer politischen Krise. Die Wahlperiode des neu gewählten Parlaments ist dann kürzer, um die Regel aufrechtzuerhalten. Das andere Extrem ist die Situation in Deutschland, wo die Wahltermine, abgesehen von den Bundestagswahlen, in jedem Bundesland (Landes- und Kommunalwahlen) separat festgelegt werden. Keine Wahl wird mit dem Wahlkalender auf Bundesebene koordiniert, der im Falle der Auflösung des Bundestages geändert werden kann.

Die Wahlen in Polen werden zentral festgelegt. Jeder Wahltyp hat seine eigene Spezifik. Die Parlamentswahlen (Sejm und Senat), die für das politische Leben des Landes am wichtigsten sind, finden in der Regel alle vier Jahre statt, wobei eine Verkürzung der Wahlperiode im Falle einer politischen Krise möglich ist. Dazu kam es bisher zwei Mal, jedes Mal genau in der Mitte der Wahlperiode. Daher fanden alle Wahlen immer im Herbst statt. Die vorgezogenen Neuwahlen führten jedes Mal zu einer mehr oder weniger spektakulären Niederlage des Regierungslagers, das die Vorverlegung der Wahlen selbst betrieben hatte. Jedes Mal war die Verkürzung der Wahlperiode möglich, weil zumindest ein Teil der

Akteure des Regierungslagers sie unterstützte, allerdings wurden in beiden Fällen die Hoffnungen enttäuscht, dass die neue Sitzverteilung einen Teil des Regierungslagers stärken und ihm erlauben würde, an der Macht zu bleiben. Insofern ist es schwer vorstellbar, dass irgendjemand irgendwann eine Wiederholung des Szenarios vorgezogener Neuwahlen wird herbeiführen wollen.

Die in politischer Hinsicht zweitwichtigsten Wahlen, die Präsidentenwahlen, finden alle fünf Jahre statt. Die Amtszeit kann sich jedoch bei Amtsverzicht oder Tod des amtierenden Präsidenten verkürzen. Dies war bisher ein Mal der Fall, als das damalige Staatsoberhaupt bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) tödlich verunglückte. Die Wahlen wurden damals allerdings nur um einige Monate vorgezogen, vom Herbst auf den Frühsommer. Zu einer geringen Verspätung kam es außerdem im Jahr 2020 im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie; wobei das eigentliche Schema des Wahlkalenders trotzdem keiner Veränderung unterlag. Noch stabiler ist die Situation bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, da die Änderung des Wahlkalenders außerhalb der Zuständigkeit der polnischen Akteure liegt. Die Selbstverwaltungswahlen (Woiwodschaften und Kommunen) fanden bislang alle vier Jahre statt. Zunächst – 1990 und 1994 – betrafen diese Wahlen ausschließlich die Gemeinden. Ab 1998 fanden dann gemeinsam mit den Wahlen der Gemeinderäte auch die der Kreisräte und der Woiwodschaftstage (*sejmik wojewódzki*) statt. Seit 2002 werden an demselben Termin außerdem die Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten gewählt.

Diese Regeln erzeugen ein eigentümliches Kaleidoskop. Es entstanden Interdependenzen, die sich in jedem Wahlzyklus in einem anderen Muster darstellen. Schlüsselbedeutung für die aktuelle Situation hat die Verbindung zwischen den landesweiten Parlamentswahlen und den Selbstverwaltungswahlen. Das sind die Wahlen, welche die politische Klasse in höchstem Maße engagieren, da die Anzahl der beteiligten Personen am größ-

ten ist ebenso wie die reale Macht, über deren Zugang mit Hilfe der Wahlen entschieden wird.

In den Jahren 1994 bis 2006 fanden die Selbstverwaltungswahlen ein Jahr nach den Parlamentswahlen statt. Jedes Mal ergab sich daraus ein gewisses Kräfte-messen zwischen dem Wahlsieger der letzten Wahlen und den bedeutendsten Kräften der Opposition, und es zeigte sich, inwieweit die Unterstützung für die Zentralregierung fortbestand, wie sich auch die Möglichkeit bot, dass sich die Opposition neu gruppierte. Die Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2006 waren gleichzeitig der Beginn eines neuen Trends – die vorgezogenen Neuwahlen des Sejm im Jahr 2007 hatten zur Folge, dass fortan die Selbstverwaltungswahlen ein Jahr vor den Sejm-wahlen stattfanden. Das wiederum bewirkte, dass diese zu einem gewissen Teil auch zu einem Kräfte-messen zwischen den wichtigsten politischen Parteien wurden. Das Abschneiden in den Selbstverwaltungswahlen wurde als Aussage über die politischen Präferenzen für die Wahlen der Zentralregierung aufgefasst. Wegen der wachsenden politischen Spannungen und Polarisierung hatte dies bei den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2018 besondere Bedeutung. Es kam damals zu einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung, vor allem in den Orten, wo die oppositionellen Kräfte die größere Unterstützung hatten. Hier ließ sich eine ähnliche Logik wie bei den US-amerikanischen Zwischenwahlen erkennen, allerdings sollte die Ähnlichkeit aufgrund der Spezifik der polnischen politischen Szene in den Selbstverwaltungswahlen nicht überstrapaziert werden.

Die Spezifik der Selbstverwaltungswahlen

Bei den Selbstverwaltungswahlen nehmen lokale Gruppierungen zwar eine sehr starke, doch keine übermächtige Position ein (Gendźwiłł & Żółtak 2014). Formal betrachtet, haben sie auf der wichtigsten Ebene, den Gemeinden, im halben Land die Regierungsverantwortung inne; im anderen Teil des Landes sind landesweit vertretene Parteien die Wahlsieger und üben die Regierungsfunktionen aus. Wichtig wäre hier darauf hinzuweisen, dass in dem Teil, wo die Kandidaten formal unabhängig sind (d. h. nicht aus den Reihen einer landesweit vertretenen Partei kommen), sie jedoch sehr häufig in irgendeiner Form mit einer landesweit agierenden Partei verbunden sind. Hier geht es um Identitäten, die aus taktischen Gründen verdeckt bleiben. Beispielsweise verbergen sich hinter lokalen Namen Bündnisse zwischen bestimmten Parteien oder die betreffende Partei verzichtet auf die Aufstellung eines eigenen Vertreters zugunsten eines ideologisch nahestehenden Kandidaten, der nicht in den Parteistrukturen engagiert ist.

Die politische Bedeutung einer im Sejm vertretenen Partei ist umso stärker, je größer sie ist und je höher der Urbanisierungsgrad des Wahlbezirks. Das Urbani-

sierungsgefälle wurde eine der Hauptachsen der politischen Aufteilung in Polen. Für Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die zurzeit die Zentralregierung anführt, besteht hier ein großes Problem. Nimmt man beide Aspekte zusammen, ergibt sich, dass in den Orten, wo die *PiS* stärker ist, die Position politischer Parteien schwächer ist. Daher ist diese Partei seltener imstande, lokale Wahlen zu gewinnen, und fällt in Auswertungen der formalen Parteizugehörigkeit der Wahlsieger sehr schwach aus. Dagegen hat in den Landesteilen – vor allem in den Großstädten –, in denen die politischen Parteien entscheidende Bedeutung für das Abstimmungsverhalten der Wähler haben, die wichtigste Oppositionspartei, die Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), ein deutliches Übergewicht. Das ist ein Faktor, der großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Selbstverwaltungswahlergebnisse in den überregionalen Medien hat. Aus ihm ergibt sich ein weiterer Faktor des asymmetrischen Wahlerfolgs, der bereits 2018 sichtbar wurde. In diesen Wahlen versuchte die *PiS*, gestärkt durch Umfragen, die eine deutliche Überlegenheit gegenüber der Opposition zeigten, sowie durch die Unterstützung von Politikern der Zentralregierung, einen deutlich größeren Machtanteil bei den Wahlen der Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Stadtpräsidenten zu erreichen. Der Versuch misslang. Weniger schlecht erging es der Regierungspartei bei den Regionalwahlen. Bei den Wahlen 2010 und 2014 fiel das Ergebnis der *PiS* auf regionaler Ebene sehr schwach aus – nur ein Mal übernahm sie die Regierungsmacht in einer Woiwodschaft. Im Jahr 2018 hoffte sie darauf, dieses Kräfteverhältnis umzukehren, doch obwohl sie in landesweiten Umfragen führte und das Selbstbewusstsein einer erfolgreichen Partei hatte, gelang es ihr nur, ihren Besitzstand an den der Opposition anzugleichen. Der Grund dafür war, dass an den Selbstverwaltungswahlen eine etwas andere Wählerschaft als an den Parlamentswahlen teilnimmt (Gendźwiłł & Kjaer 2021). Daher fallen die Erfolge der beiden größten im Sejm vertretenen Parteien in jenen gewöhnlich schwächer aus als in den landesweiten Wahlen und Umfragen. Die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) sowie die unabhängigen Kandidaten nehmen dagegen eine größere Rolle ein. Sie haben gewöhnlich keine stabile Position und gefestigte Identität, doch sogar ihr bescheidener Erfolg schwächt die großen Parteien in einzelnen Woiwodschaften. Die Spezifik der Selbstverwaltungswahlen war ausschlaggebend für die Folgen der Änderungen der Wahlordnung, die das Regierungslager 2017/2018 vollzog.

Der große kleine Wandel

Das ganze Reformpaket wurde vor den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2018 durchgesetzt. Eine Ände-

zung war die Verlängerung der Wahlperiode der territorialen Selbstverwaltung (das sind die Gemeinderäte, Kreisräte und Woiwodschaftstage) auf fünf Jahre. Das rief damals keine größeren Kontroversen hervor, denn die Aufmerksamkeit richtete sich auf andere Änderungen, welche die unmittelbar bevorstehenden Wahlen und ihre Durchführung betrafen, beispielsweise die Einführung einer Begrenzung der Anzahl von Amtszeiten bei Gemeindevorstehern, Bürgermeistern und Stadtpräsidenten. Die Verlängerung des Wahlzyklus war Teil der internen Aushandlung zwischen den Parteien der Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) und der Preis, den die *PiS* bereit war, dem kleinen Koalitionspartner, der Verständigung von Jarosław Gowin (*Porozumienie Jarosława Gowina*), im Tausch für die Einführung der genannten Begrenzung der Amtszeiten zu zahlen. Jedoch wurden damals schon Warnungen laut, dass die Verlängerung der Wahlperiode zu einem Zusammentreffen der Parlamentswahlen mit den Selbstverwaltungswahlen im Herbst 2023 führen wird. Allerdings waren damals noch keine Einzelheiten eines möglichen Wahlkalenders bekannt. Hier gewinnt eine Besonderheit des polnischen politischen Systems an Bedeutung: Zwar ist die Länge der Regierungszeit gesetzlich generell festgelegt, aber es besteht hier auch eine gewisse Beliebigkeit. Die Regeln benennen einige Wochen, in denen die jeweiligen Wahlen durchgeführt werden können. Die konkrete Entscheidung trifft das Organ, das die betreffende Wahl ansetzt. Das ist allerdings jedes Mal eine andere Stelle und nie die, die gewählt wird. So legt den Termin für die Sejmwahlen der Präsident fest, den Termin der Präsidentenwahlen der Sejmmarschall und den Termin für die Selbstverwaltungswahlen der Ministerpräsident.

Letztlich resultiert der Wahlkalender 2023 aus den allgemeinen Regeln sowie konkreten Terminen, die ausgewählt wurden, um die Wahlen 2018 und 2019 (Parlament) durchzuführen. Zusammen führten diese Entscheidungen zu einem spezifischen Muster möglicher Wahltermine im Jahr 2023. Nach geltendem Recht sollen die Selbstverwaltungswahlen an einem von drei Sonntagen stattfinden, die dem frühesten von vier möglichen Terminen für die Parlamentswahlen vorangehen. Im Ergebnis kann die Zeit zwischen den Wahlen zwischen einer und sechs Wochen liegen, abhängig von der Entscheidung des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten.

Das Szenario, dass die Selbstverwaltungswahlen unvermeidlich den Sejmwahlen vorausgehen müssen, löste in der Regierungspartei *PiS* Befürchtungen aus. Eine Niederlage in den Selbstverwaltungswahlen, sichtbar insbesondere im Fall der Großstädte, die das Medieninteresse auf sich ziehen, kann der Partei, also ihren Kandidaten, Aktivisten und letztlich auch ihren

Anhängern, die Flügel stützen. Das wiederum vergrößert die Wahrscheinlichkeit eines Machtverlustes in den Parlamentswahlen.

Zusätzlich kann diese enge Abfolge der Wahlen auch eine ganze Reihe von organisatorisch-rechtlichen Komplikationen hervorrufen. Hier geht es vor allem um die Belastung der Wahlkommissionen der Kreise im Zusammenhang mit der Registrierung der Kandidaten, der Überprüfung der dafür notwendigen Unterschriften und der Abrechnung der Wahlkampfkosten. Diese Bedenken gründen auch darauf, dass die Organisation von Wahlen in den vergangenen Jahren zweimal Ursache für ernste politische Krisen war. 2014 ergab sie sich aus der undurchdachten Einführung eines neuen Stimmzettels (Flis & Kaminski 2021, Pierzgalski et con. 2020). 2020 wurde die Krise durch Versuche hervorgerufen, während der Corona-Pandemie die allgemeine Briefwahl durchzusetzen, und die Notwendigkeit, die Präsidentenwahlen zu verschieben, da die Umsetzung der Briefwahl zur Lähmung der Wahlvorbereitungen auf konventionelle Weise geführt haben (Flis & Kaminski 2022). Das nährte dann Befürchtungen, dass eine weitere Anhäufung von Pflichten für den Wahlapparat erneut zu einer Krise führen könnte. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Kumulierung von Wahlen nichts völlig Neues ist. Im Jahr 2005 fanden die beiden Wahlgänge der Präsidentenwahl und die Parlamentswahlen im Abstand von zwei Wochen statt und führten zu keiner organisatorischen Krise. Diese Ereignisse zeichnete jedoch eine andere Besonderheit aus – die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen war damals im Zeitraum von 30 Jahren die bisher niedrigste in Polen. Auch die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass die Wähler bei allzu häufigen Wahlen ermüden und lieber zu Hause bleiben.

Außer organisatorischen Schwierigkeiten ruft das Zusammentreffen von Wahlen auch eine Reihe politischer Probleme hervor. Das erste ist das Problem der doppelten Kandidatur (für den Sejm sowie für ein lokales Amt). Für die Parlamentswahlen wird eine offene Liste aufgestellt. In der Praxis bedeutet das, dass die Listen außer mit den amtierenden Sejmabgeordneten mit Hunderten lokaler Akteure besetzt werden. Hier spielen insbesondere die Abgeordneten der unterschiedlichen Ebenen (Woiwodschaft, Kreis, Gemeinde) eine große Rolle. Sie haben weniger die Aufgabe, Repräsentanten der Wähler ihrer lokalen Gesellschaft zu sein (denn ihre Chancen auf einen Abgeordnetensitz sind in der Regel rein theoretisch), sondern sie sind vielmehr eine Art »Handelsvertreter« ihrer Partei für verschiedene gesellschaftliche Gruppen. Ein damit verbundenes Phänomen ist der Start eines großen Kreises von Abgeordneten als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters bzw. Stadtpräsidenten, denn im polnischen politischen System ist

die reale Macht eines Bürgermeisters sicherlich größer als die eines Sejmabgeordneten auf den hinteren Bänken. Die außerordentliche Nähe der Parlaments- und der Selbstverwaltungswahlen bedeutet ein unvermeidliches Durcheinander – Desorientierung bei den Wählern, Dilemmata bei den Kandidaten und den Parteien, Unklarheiten bei der Registrierung der Kandidaten und der Festsetzung der Ergebnisse. Hinzu kommen rechtliche Probleme bei der Abrechnung der Wahlkampfaufgaben, und als völlig kurios erweist sich die sog. »Wahlruhe«, d. h. das Einstellen des Wahlkampfes vor dem Wahltag, die für den einen Wahlgang gilt, aber nicht für das andere Wahlformat.

Lösungen

Alle diese Probleme lassen sich auf verschiedene Arten lösen. Es können rechtlich verbindliche Anpassungsmaßnahmen der Art umgesetzt werden, dass die Wahlen an ein und demselben Tag stattfinden (wie in Schweden) oder mit nur geringem Abstand. Es kann auch die Wahlperiode des Sejm geringfügig verkürzt werden, immerhin ist dieser der Verursacher dieses Durcheinanders, und zwar so, dass die Parlamentswahlen im Juni 2023 und die Selbstverwaltungswahlen Ende September stattfinden. Damit würden alle organisatorischen Probleme verschwinden und es gäbe am wenigsten Störungen im Wahlkalender. Jedoch hat sich das Regierungslager zu einer Lösung entschlossen, die in rechtlicher Hinsicht die meisten Zweifel hervorruft, und zwar die Verlängerung der Wahlperiode der Selbstverwaltung, so dass deren Wahlen im April 2024 stattfinden. Diese Lösung stieß auf heftige Kritik aufseiten der Opposition. Eine Verlängerung der Amtszeit der Selbstverwaltung gab es bereits im Jahr 1998 im Zusammenhang mit der Selbstverwaltungsreform, doch dahinter standen damals rechtlich vorhergesagte verfassungsrechtliche Probleme. Im aktuellen Fall dienen als formale Begründung organisatorische Probleme, die anders gelöst werden könnten. Die Opposition hebt dagegen hervor, was die eigentliche Motivation sei – die Angst des Regierungslagers vor einer Wahlniederlage.

Die Akteure der Selbstverwaltung waren in dieser Frage gespalten. Ein Teil von ihnen protestierte entschieden gegen diese Lösung. Ein Teil verhielt sich distanziert, denn die Verlängerung der Regierungszeit um ein halbes Jahr ist sicherlich nichts, wogegen die schwächeren Bürgermeister und Stadtpräsidenten protestieren wollten. Letztlich setzte das Regierungslager diese Lösung im Sejm durch. Anschließend wurde sie vom Senat, den die Opposition kontrolliert, abgelehnt, aber dessen Veto wurde wiederum von einer deutlichen Mehrheit im Sejm zurückgewiesen.

Diese deutliche Unterstützung bedeutet jedoch keinesfalls, dass diese Lösung für die *PiS* günstig ist. Wahr-

scheinlich ist dieses Szenario noch schlechter, als die Sejmwahlen in zeitlicher Nähe zu den Selbstverwaltungswahlen durchzuführen – vorher oder nachher. In dem Fall, dass die Selbstverwaltungswahlen knapp vor den Parlamentswahlen durchgeführt werden würden, hätte die Opposition ebenfalls politische Probleme. Die Betroffenen selbst haben dies nicht aufgegriffen, aber eine sinnvolle Herangehensweise der Opposition an die Wahlen der Woiwodschaftstage würde es erforderlich machen, solche Koalitionen einzugehen, die aus der Perspektive der Parlamentswahlen ungünstig wären. Bei den Wahlen zum Woiwodschaftstag sind die Wahlkreise noch kleiner, die Prozhürden sind höher – daher wäre der Antritt der Oppositionsparteien mit vier separaten Wahllisten sehr riskant für sie (Flis et con. 2020). Die Verschiebung der Selbstverwaltungswahlen auf einen späteren Termin bedeutet auch, dass die Oppositionsparteien mit einem deutlich größeren Engagement der aktuellen Mitglieder der unteren regionalen und lokalen politischen Ebenen für die Sejmwahlen rechnen können. Für sie zahlt es sich aus, die Wahllisten der im Sejm vertretenen Parteien zu unterstützen, um sich selbst eine zusätzliche öffentliche Sichtbarkeit zu sichern. Diese Probleme werden nicht herausgestellt, denn für die Opposition ist es günstiger, die Botschaft zu vermitteln, dass die Verlegung der Wahlen ein Beweis für die Eigennützigkeit und den Defätismus des Regierungslagers ist.

Zusätzlich stellen die ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen stattfindenden Selbstverwaltungswahlen eine sehr große Gefahr für die *PiS* im Falle einer Wahlniederlage dar – und auf eine Niederlage weisen alle aktuellen Umfragen hin. Nach jeder der bisherigen drei Wahlniederlagen der *PiS*, d. h. nach den Sejmwahlen 2007 und 2011 sowie nach den Präsidentenwahlen 2010, kam es zu massiven Spannungen sowie einem teilweisen Zerfall dieses politischen Lagers. Dieses Problem betraf nicht allein die überregionale Ebene. Nach den verlorenen Wahlen im Jahr 2007 verließ jeder vierte Woiwodschaftstag-Abgeordnete die Partei. Es kann also passieren, dass die erwartbare Wahlniederlage in den Parlamentswahlen im Herbst deutliche Verluste in der Partei bei den Regionalwahlen nach sich ziehen wird – größere als in dem Fall, dass die Wahlen in umgekehrter Reihenfolge oder mit einem geringeren Abstand durchgeführt werden würden.

Eine Folge der per Gesetz herbeigeführten Änderung kann darüber hinaus sein, dass sich auf den lokalen politischen Bühnen die Konfigurationen verändern. Bisher hatte die *PiS* hier die starke Position des nörglerischen Anwärters inne, d. h. einer Gruppierung, die gewöhnlich gesellschaftliche Unzufriedenheit äußert und darauf ihr politisches Kapital gründet. In einigen Städten ist sie daher ständig als wichtiger Akteur präsent, sogar wenn sie regelmäßig die lokalen Wahlen verliert. Erinnerung sei

daran, dass auch der aktuelle Staatspräsident Andrzej Duda seine Karriere von einem formal verlorenen Start in den Wahlen zum Stadtpräsidenten von Krakau (Kraków) aus begann.

Des Weiteren werden die verschobenen Selbstverwaltungswahlen während des Wahlkampfes für die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden, d. h. sehr viele der organisatorisch-rechtlichen Probleme wurden durch die Verlegung gar nicht gelöst. Sie wiederholen sich nur in einer etwas anderen Konfiguration, aber nicht unbedingt in geringerem Ausmaß. Wenn die Selbstverwaltungswahlen gerade vor den Europawahlen stattgefunden haben, kann es sehr wahrscheinlich zu einem sehr deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung bei letzteren kommen. Das kann auch für die Regierungspartei negative Folgen haben. Die Europawahlen im Jahr 2009, die nach den im Jahr 2007 von der *PiS* verlorenen Wahlen stattfanden, waren diejenigen, in denen das Übergewicht der *PO* über die *PiS* das größte in der Geschichte ihrer Rivalität überhaupt war.

Die Schlussfolgerung all dieser Überlegungen ist, dass das Problem, dessen Ursache eine falsche Entscheidung vor knapp fünf Jahren ist, auf schlechtmöglichste Art und Weise gelöst wurde – auch aus der Perspektive

der Interessen des Regierungslagers. Zusätzlich werden die Ansichten über das Regierungslager bestätigt, dass es Aktivitäten unternimmt, denen man leicht Unehrlichkeit vorwerfen kann, und dass es nicht besonders kompetent ist. Weiter gefasst, lässt sich hier auch die Bestätigung der These finden, dass Manipulationen mit Hilfe der Spielregeln für Wahlen die Tendenz haben, sich gegen ihre Initiatoren zu wenden. In dem Versuch, Regeln den eigenen Interessen anzupassen, wird sehr häufig eine Reihe von Bedingungen übergangen, was zu einer Situation führt, die noch schlechter ist als die des Ausgangspunktes. Betrachtet man die Situation jedoch positiv, lässt sie sich als Impuls verstehen, den gesamten polnischen Wahlkalender zu überdenken. Gut wäre es, eine reflektierte, angemessene Entscheidung zu treffen, wie das angezielte Muster des Kalenders, das von den Wahlen auf den verschiedenen Ebenen gebildet wird, sein sollte. Es sollte so sein, dass keine Probleme entstehen, die nicht nötig sind, keine Interessengemeinschaften ad hoc gebildet werden, keine Versuchung besteht, Tricksereien anzuwenden, und auch keine Angst vor üblichen Tricks.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. habil. *Jarosław Flis* ist Soziologe am Institut für Journalistik, Medien und gesellschaftliche Kommunikation der Jagiellonen-Universität in Krakau (Uniwersytet Jagielloński w Krakowie). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Wahlverhalten und gesellschaftliche Kommunikation. Er verfasst regelmäßig für die Medien in Polen Kommentare zur politischen Lage.

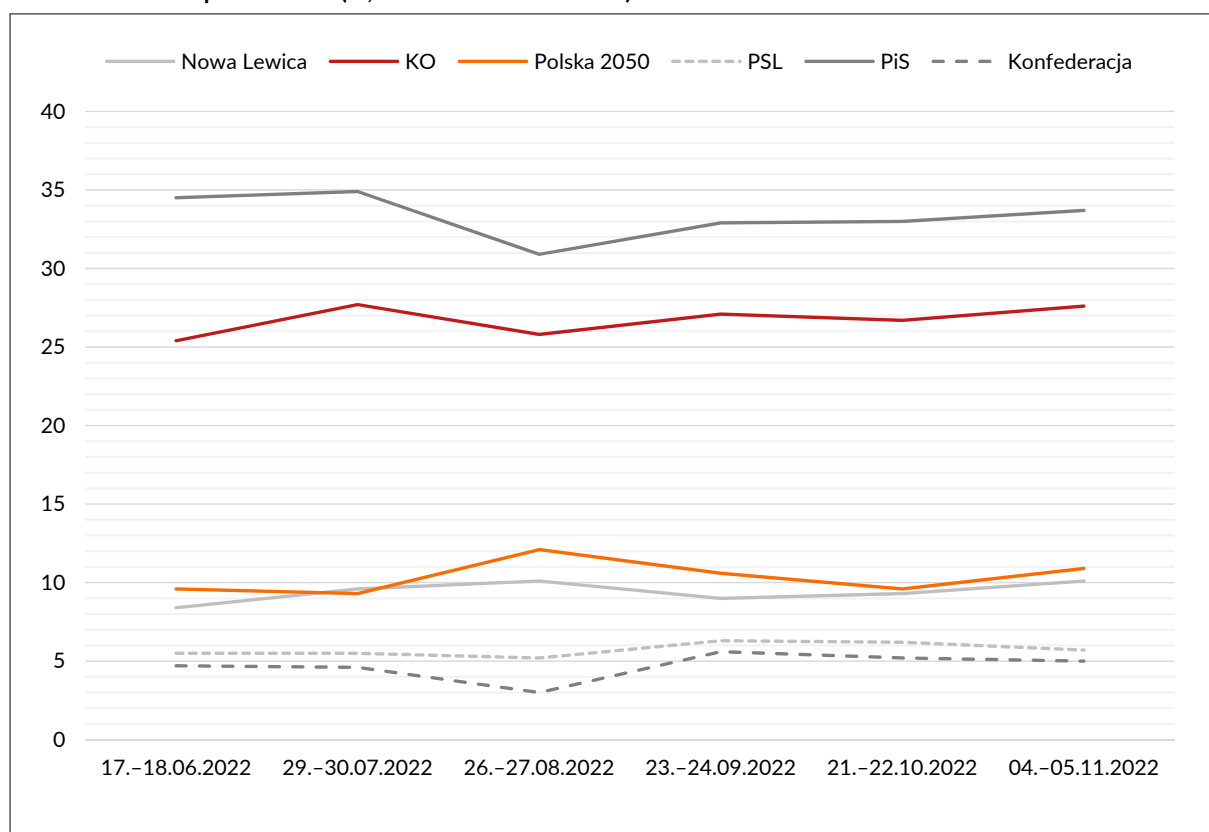
Lesetipps

- Flis, J., & Kaminski, M. (2022). Multi-player electoral engineering and COVID-19 in the Polish presidential elections in 2020. *Mind & Society*, 21 (1), 1–8.
- Flis, J., & Kaminski, M. M. (2021). Party-related primacy effects in proportional representation systems: Evidence from a natural experiment in Polish local elections. *Public Choice*, 1–19.
- Flis, J., Słomczyński, W., & Stolicki, D. (2020). Pot and ladle: a formula for estimating the distribution of seats under the Jefferson–D’Hondt method. *Public Choice*, 182 (1), 201–227.
- Gendźwiłł, A., & Żółtak, T. (2014). Why do non-partisans challenge parties in local politics? The (extreme) case of Poland. *Europe-Asia Studies*, 66 (7), 1122–1145.
- Gendźwiłł, A., & Kjaer, U. (2021). Mind the gap, please! Pinpointing the influence of municipal size on local electoral participation. *Local Government Studies*, 47 (1), 11–30.
- Pierzgałski, M., Górecki, M. A., & Stępień, P. (2020). Ballot paper design and vote spoiling at Polish local elections of 2014: Establishing a causal link. *East European Politics and Societies*, 34 (3), 611–636.

STATISTIK

Parteipräferenzen Juni – November 2022 und aktuelle Sitzverteilung im Sejm

Grafik 1: Parteipräferenzen (% , Juni – November 2022)



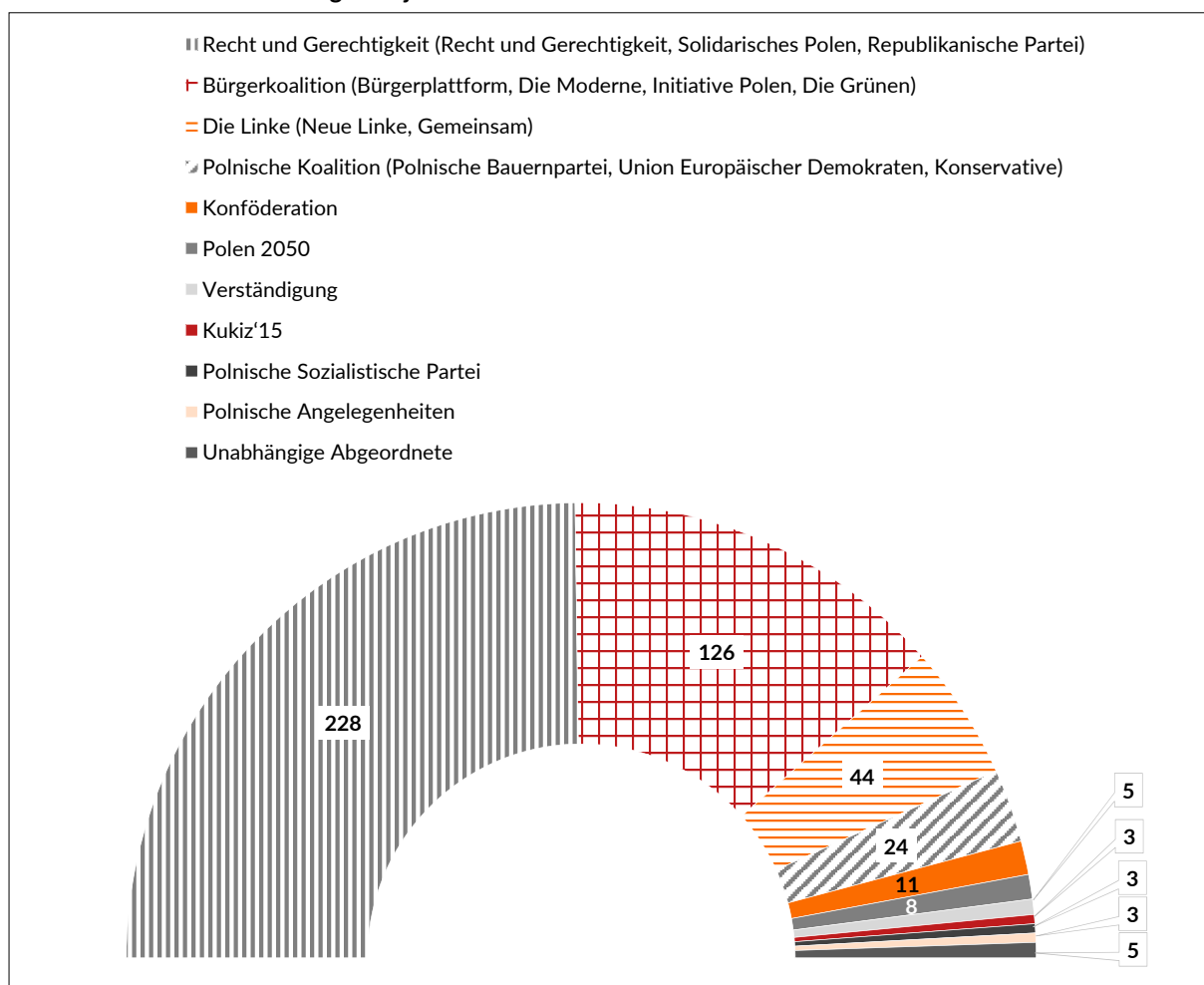
	17.-18.06.2022	29.-30.07.2022	26.-27.08.2022	23.-24.09.2022	21.-22.10.2022	04.-05.11.2022
Nowa Lewica	8,4	9,6	10,1	9,0	9,3	10,1
KO	25,4	27,7	25,8	27,1	26,7	27,6
Polska 2050	9,6	9,3	12,1	10,6	9,6	10,9
PSL	5,5	5,5	5,2	6,3	6,2	5,7
PiS	34,5	34,9	30,9	32,9	33,0	33,7
Konfederacja	4,7	4,6	3,0	5,6	5,2	5,0

Nowa Lewica/Neue Linke; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation

Umfragen von Ibris im Auftrag der Tageszeitung »Rzeczpospolita«; N = 1.100.

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/polska/> (abgerufen am 14.11.2022).

Grafik 2: Mandatsverteilung im Sejm nach Fraktionen



Fraktion	Anzahl der Sitze
Recht und Gerechtigkeit (Recht und Gerechtigkeit, Solidarisches Polen, Republikanische Partei)	228
Bürgerkoalition (Bürgerplattform, Die Moderne, Initiative Polen, Die Grünen)	126
Die Linke (Neue Linke, Gemeinsam)	44
Polnische Koalition (Polnische Bauernpartei, Union Europäischer Demokraten, Die Konservativen)	24
Konföderation	11
Polen 2050	8
Verständigung	5
Kukiz'15	3
Polnische Sozialistische Partei	3
Polnische Angelegenheiten	3
Unabhängige Abgeordnete	5

Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Solidarisches Polen/Solidarna Polska; Republikanische Partei/Partia Republikańska; Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO; Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO; Die Moderne/Nowoczesna; Initiative Polen/Inicjatywa Polska; Die Grünen/Zieloni; Die Linke/Lewica; Neue Linke/Nowa Lewica; Gemeinsam/Razem; Polnische Koalition/Koalicja Polska; Polnische Bauernpartei/Polskie Stronictwo Ludowe – PSL; Union Europäischer Demokraten/Unia Europejskich Demokratów – UED; Die Konservativen/Konserwatyści; Konföderation/Konfederacja; Polen 2050/Polska 2050; Verständigung/Porozumienie; Polnische Sozialistische Partei/Polska Partia Socjalistyczna – PPS; Polnische Angelegenheiten/Polskie Sprawy

Quelle: www.sejm.gov.pl

Tabelle 1: Die Selbstverwaltungswahlen 2018: die Verteilung der Mandate in den Kreisen und Kreisstädten

	PiS	Koalicja Obywatelska	SLD	PSL	Bezpartyjni Samorządowcy	Kukiz'15	Mniejszość Niemiecka	lokale Komitees
Kreise								
Anzahl der Ratsabgeordneten in allen Kreisen	2.114	726	105	952	36	19	45	2.247
Anzahl der gewonnenen Kreise	147	37	1	40	3	0	2	84
Kreisstädte								
Anzahl der Ratsabgeordneten in allen Kreisstädten	525	492	59	6	1	7	0	621
Anzahl der gewonnenen Kreisstädte	15	23	3	0	0	1	0	24
Anzahl der gewählten Stadtpräsidenten	1	16	2	0	0	1	0	46

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Bezpartyjni Samorządowcy – Parteilose Selbstverwalter; Mniejszość Niemiecka – Deutsche Minderheit

Quelle: Zusammenstellung des Autors Adam J. Jarosz auf Grundlage der Daten von Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission].

Erstveröffentlichung in Polen-Analysen 226, 12.11.2018.

CHRONIK

01. – 14. November 2022

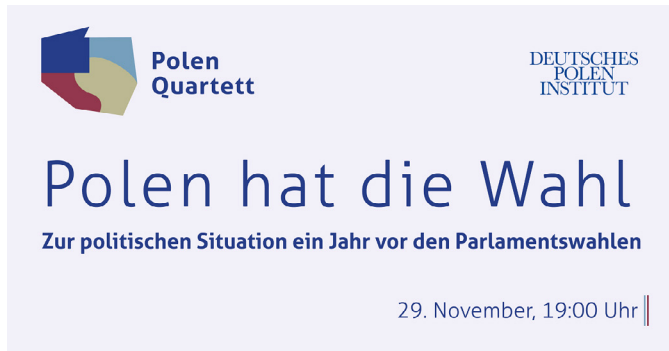
01.11.2022	Nach vorläufigen Angaben des Instituts für Meteorologie und Wasserwirtschaft (Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej – IMGW) war der Monat September 2022 der zweitwärmste in Polen seit 1951 und der wärmste seit dem Jahr 2000.
02.11.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass heute mit der Errichtung einer vorläufigen Grenzbefestigung an der Grenze zur Oblast Kaliningrad (Russische Föderation) begonnen wird. Als Grund nennt er beginnenden Flugverkehr aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Kaliningrad. Der Grenzzaun werde wie der an der polnisch-belarussischen Grenze aus drei Reihen Stacheldraht mit einer Höhe von 2,5 m und einer Breite von 3 m gebaut und könne unter Strom gesetzt werden.
03.11.2022	Das Außenministerium teilt mit, dass in der vergangenen Woche ein Besuch der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (European Commission against Racism and Intolerance – ECRI) in Polen stattfand. Bei Treffen mit u. a. Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk, der Regierungsbeauftragten für Gleichstellung, Vertretern des Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung, Parlamentariern und Senatoren wurden Fragen der inklusiven Bildung, der Integration von Ausländern sowie ethnischen und nationalen Minderheiten, des Umgangs mit Asylsuchenden sowie mit Personen der LGBT-Community und das Thema Hasssprache behandelt. Voraussichtlich im Herbst 2023 soll der sechste Lagebericht des ECRI über Polen erscheinen.

04.11.2022	Szymon Szykowski vel Sęk, Minister mit dem Ressort Europäische Union, teilt mit, dass Polen bei der Europäischen Kommission beantragt hat, die Strafzahlungen im Zusammenhang mit der Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) einzustellen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte Polen im Oktober 2021 zu Strafzahlungen in Höhe von 1 Mio. Euro täglich verpflichtet, da Polen der Auflösung der Disziplinarkammer nicht nachgekommen war. Szykowski vel Sęk argumentiert, dass mit der vollzogenen Unterzeichnung des Gesetzes über die Einrichtung einer »Kammer für berufliche Verantwortung« am SN eine neue rechtliche Situation bestehe und implementiert werde.
07.11.2022	Regierungssprecher Piotr Müller sagt in einem Radiointerview für Polsat News, dass die Regierung Einsparmaßnahmen bei Investitionen und anderen Ausgaben erwägt, um die Rüstungsausgaben auszugleichen. Die Aufrüstung Polens habe vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Priorität, denn Russland könne in ein oder zwei Jahren auch Polen angreifen.
08.11.2022	Eine Gruppe von Parlamentariern des innenpolitischen Ausschusses reist an die polnisch-russische Grenze (Oblast Kaliningrad), um sich über die in der vergangenen Woche begonnene Errichtung eines Grenzzaunes zur Oblast Kaliningrad zu informieren. Bisher wurden ca. sieben Kilometer gebaut. Der Ausschussvorsitzende, Wiesław Szczepański (Die Linke/Lewica), hält fest, dass der elektrifizierbare Grenzzaun eine prophylaktische Maßnahme ist, da vonseiten Russlands eine potentielle Gefahr, z. B. Einschleusung von Spionen, ausgehe. Marcin Kulasek (Die Linke) unterstreicht, dass es sich bei der Oblast Kaliningrad nicht um ein ziviles Gebiet, sondern um einen großen Militärstützpunkt Russlands handelt.
09.11.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und sein slowakischer Amtskollege Eduard Heger besuchen das Militärmanöver PUMA-22, das die Streitkräfte der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), Großbritanniens und der USA in Nowa Dęba (Woiwodschaft Vorkarpaten/ województwo podkarpackie) abhalten. Auf einer Pressekonferenz stellt Morawiecki in Aussicht, dass Polen im Jahr 2023 für die Modernisierung seiner Armee drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (100 bis 130 Milliarden Zloty) bereitstellen wird.
10.11.2022	Der stellvertretende Minister für Klima und Umwelt, Jacek Ozdoba, teilt mit, dass seit dem 20. Oktober ein elektronisches Meldeformular für mögliche Umweltschäden freigeschaltet wurde. Die App wird zur Lokalisierung der potentiellen Schäden mit Geodaten verknüpft und ist mit dem elektronischen Zugang zur Erledigung von Behördenangelegenheiten (»mObywatel«) verbunden, zu dem sieben Millionen Bürger Zugang haben.
11.11.2022	Am Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (1918) finden in ganz Polen Feierstunden, Gedenkmärsche und Veranstaltungen statt. An der offiziellen Feier der staatlichen Vertreter in Warschau nimmt neben Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auch der Präsident Litauens, Gitanas Nausėda, teil. Dem nationalistisch ausgerichteten Marsch der Unabhängigkeit, der dieses Jahr unter dem Motto »Starke Nation, großes Polen« stattfand, schlossen sich den Organisatoren (Verein Marsch der Unabhängigkeit/Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) zufolge knapp 100.000 Personen (2021: ca. 150.000 Personen) an. Die Polizei und die Stadtverwaltung machten keine Angaben zu den Teilnehmerzahlen.
11.11.2022	Die Stiftung Freiheit und Demokratie (Fundacja Wolność i Demokracja) teilt auf ihrer Webseite mit, dass die Behörden der Ukraine am 2. November der Stiftung die Erlaubnis erteilt haben, Grabungsarbeiten zur Suche von polnischen Opfern zu beginnen, die von der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) im Februar 1945 im damaligen polnischen Dorf Puźniki (heute Westukraine) ermordet wurden.
12.11.2022	In Warschau findet in der Kirche »Gotteshaus der Göttlichen Vorsehung« (Świątynia Opatrzności Bożej) die Beisetzung der sterblichen Überreste von Władysław Raczkiewicz, August Zaleski und Stanisław Ostrowski, Präsidenten der einstigen polnischen Exilregierung in London, statt, an der Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilnehmen.
13.11.2022	Stanisław Żaryn, Regierungsbeauftragter für Sicherheit, schreibt im Nachrichtendienst Twitter, im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine verbreite Russland aktuell Falschmeldungen in westlichen Medien, dass polnische Söldner mit Zustimmung der polnischen Regierung in der Ukraine gegen Russland kämpfen. Damit wolle Russland Polen als Kriegstreiber darstellen und es auf internationaler Bühne isolieren. Außerdem verbreite Russland, die polnische und die ukrainische Regierung hätten vereinbart, dass die Westukraine an Polen fallen werde, als Ausgleich für ukrainische Schulden.
14.11.2022	Nach Schätzungen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) werden die Preise für Lebensmittel im Jahr 2022 um 15,3 Prozent steigen, 2023: 13,6 Prozent, 2024: 4,4 Prozent, 2025: 1,9 Prozent.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Polen-Quartett #7: Polen hat die Wahl Zur politischen Situation ein Jahr vor den Parlamentswahlen



29. November 2022, 19:00 Uhr

Zwar ist es noch ein gutes Jahr bis zu den polnischen Parlamentswahlen im Herbst 2023, doch der Wahlkampf ist bereits in vollem Gange. Bereits seit Wochen sind die beiden Protagonisten der politischen Auseinandersetzung, Jarosław Kaczyński von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Donald Tusk von der oppositionellen Bürgerplattform, im ganzen Land unterwegs, um die eigene Wählerschaft zu mobilisieren. Aktuellen Umfragen zufolge besitzt die PiS keine Mehrheit. Wer Polen in einem Jahr regieren wird, ist demnach offen. Gleichzeitig steht das Land vor einer Vielzahl von Herausforderungen, denen sich die politischen Wettbewerber stellen müssen. Hierzu zählen die grassierende Inflation von nunmehr rund 18 Prozent, die explodierenden Energiepreise, die Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine sowie die weiterhin prekäre Lage im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen wie etwa dem Bildungs- oder dem Gesundheitswesen. Dementsprechend verschärft sich auch die Rhetorik des Wahlkampfes, wovon nicht zuletzt die verbalen Attacken aus dem Regierungslager gegenüber Deutschland und der angeblich deutschlandfreundlichen Opposition zeugen. Doch auch die politische Opposition in Polen steht unter Druck, muss es ihr in den nächsten Monaten doch gelingen, eine realistische Alternative zum derzeitigen Regierungsbündnis zu präsentieren.

- Welche Parteien können sich laut Umfragen eine Chance auf einen Einzug ins Parlament ausrechnen?
- Wer sind die Anhänger der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit und wer unterstützt die Opposition?
- Welche Themen dominieren im bereits laufenden Wahlkampf und welche neuen Themen können wir erwarten?
- Welche Rolle wird die sogenannte »deutsche Karte« im Wahlkampf spielen?

Diese und weitere Fragen diskutieren wir in unserer DPI-Reihe »Polen-Quartett. Ein Thema, vier Personen«.

Es diskutieren:

Piotr Buras, Leiter des Warschauer Büros des European Council of Foreign Relations

Phillip Fritz, Polen-Korrespondent der »Welt«, Warschau

Dr. Agnieszka Łada-Konefał, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts, Darmstadt/Warschau

Bastian Sendhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts, Büro Berlin

Teilnahme auf **Zoom**: (Registrierung notwendig) bit.ly/PQ7-Anmeldung

Live auf **Facebook** www.facebook.com/deutschespoleninstitut

Polen-Quartett

Vier Personen, ein Thema.

Über Polen.

Das Deutsche Polen-Institut hat 2021 ein neues Debatten-Format ins Leben gerufen. Im Rahmen des Polen-Quartetts diskutieren Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts mit externen Gästen über verschiedene Themen mit Polen-Bezug. Das Polen-Quartett möchte einerseits über den jeweiligen Stand der Debatte in Polen informieren und andererseits an Debatten in Deutschland anknüpfen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>